



Landesbüro Niedersachsen

„Demokratie und Emotion - Vortrag und Diskussion“

04.11.2021, Hannover

Die Corona-Pandemie hat innergesellschaftlichen Spannungen und Polarisierungen eine neue Schärfe verliehen. Die Querdenker-Bewegung hat sich im Verlauf der Pandemie zunehmend radikaliert und neben Verschwörungstheorien auch rechtsextreme sowie identitäre Elemente aufgenommen. Dabei wird häufig der Anspruch geltend gemacht für „das Volk“ zu sprechen und der Versuch unternommen, ein identitäres „Wir“ herzustellen.

Vor diesem Hintergrund lud das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Bildungsverein Hannover, dem Vereins QBK – Qualifizierung für Beruf und Kultur e.V. und dem Forum für Politik und Kultur e.V. zur Veranstaltung „Demokratie und Emotion“ im Kulturzentrum Pavillon ein. Die Leitfrage bildete die Suche nach einem Demokratischen „Wir“: Wie kann sich angesichts der Pluralität ein demokratisches „Wir“ einstellen, dass der Versuchung eines identitären „Wir“ widersteht? Wie können Mitglieder ein Gefühl für Identität herausbilden ohne andere Menschen auszugrenzen?

Die Veranstaltung wurde mit einer kurzen Begrüßung durch Ulrich Schröder vom Bildungsverein Hannover eröffnet. Im Zentrum der Veranstaltung stand anschließend der Vortrag von Prof. Dr. Manemann, Direktor des Forschungsinstituts für Philosophie der Leibniz-Universität Hannover. Manemann begann seinen Impuls mit der Überlegung, dass ein Vortrag über Demokratie bei dem „Uns“ und dem „Wir“ ansetzen muss. Denn das demokratische Versprechen der Souveränität des Volkes benötige zur erfolgreichen Umsetzung ein kollektives „Wir“. Demokratie müsse also neben der reinen institutionellen Regierungsform gleichzeitig als Lebensform und Ereignis begriffen werden. Demokratische Institutionen könnten langfristig nur existieren, wenn sie auch in der Lebensform der Menschen verankert seien und in bestimmten Ereignissen, beispielsweise Wahlen, zum Ausdruck kommen. Eine Verständigung über das der Demokratie zu Grunde liegende „Wir“ sei daher wesentlich. Da ein „Wir“



Prof. Dr. Manemann

immer emotional verfasst und mit diesen Emotionen verbunden ist, erläuterte Manemann im Folgenden knapp den Zusammenhang von Emotionen mit Demokratien. Emotionen gehörten zwangsläufig zum politischen Leben. Laut Manemann gibt es dabei aber keine per se demokratischen oder progressiven Emotionen. Emotionen seien zunächst politisch neutral und sowohl Ressource als auch Gefahr für das politische Leben.

Ein demokratiefördernder Umgang mit Emotionen lasse sich jedoch von einem demokratieschadenden Umgang abgrenzen. Während ein identitäres „Wir“ durch Emotionen wie Stolz und Zorn getragen werde und in der Verschiedenheit eine Gefahr sehe, die durch Assimilation oder Exklusion abgewendet werden müsse, habe ein demokratisches „Wir“ trotz möglicherweise ähnlicher Emotionen wie Zorn, eine gänzlich andere Stoßrichtung. Charakteristisch für einen demokratiefördernden Umgang mit Emotionen sei beispielsweise, bei der Exklusion von Menschen Empörung und Zorn zu empfinden, sich dieser Emotionen bewusst zu werden und gegen Ausgrenzung Widerstand zu leisten. Ein demokratisches „Wir“ zeichne sich deshalb im Wesentlichen dadurch aus, leidempfindsam für das Leiden anderer Menschen zu sein und die Endlichkeit, Verletzbarkeit und Würde eines jeden Menschen anzuerkennen. Ein demokratisches „Wir“ gründe sich also weniger auf eine spezifische und exklusive Identität, sondern vielmehr auf die Anerkennung von Pluralität und auf einem Gefühl der Gemeinsamkeit.

An den Vortrag von Prof. Manemann schlossen sich mehrere Fragen und eine Diskussionsrunde mit dem Publikum an. Diese Diskussionsrunde wurde von Dr. Arno Brandt moderiert. Eine zentrale Frage aus dem Publikum bezog sich darauf, ob nicht einige Menschen dazu bereit sein müssten einen Teil ihres Wohlstandes aufzugeben um das „Wir-Gefühl“ zu stärken. Hierauf entgegnete Manemann, dass in der Tat einige Menschen lernen müssten einen Teil ihres materiellen Wohlstands aufzugeben. Dies führe jedoch entgegen mancher Befürchtungen nicht zu einem schlechteren Leben für diese Menschen, sondern verhelfe ihnen zu einem besseren Leben. Zum einen werde das demokratische „Wir“ zum Positiven gestärkt, was letztlich jedem Menschen in der Gesellschaft zu Gute komme. Zum anderen verbessere sich das psychische Wohlbefinden der jeweiligen Menschen. Es sei bewiesen, dass ab einem bestimmten Einkommen das Glücksempfinden abnehme. Bei der Transformation würden neue

Erfahrungsräume des demokratischen „Wirs“ geschaffen, die die Bereitschaft von Menschen, einen Teil ihres Wohlstandes abzugeben, positiv beeinflussen.